

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 139. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. November 2016, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Stefan Bolln (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4355	
b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4356	
Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2017 (Nachschiebeliste)	
Umdruck 18/6808	
2. Information/Kenntnisnahme	7
Umdruck 18/6744 - Einzelplan 06	
Umdruck 18/6745 - Beihilfe	
Umdruck 18/6804 - Einzelplan 13	
Umdruck 18/6805 - Erstaufnahmeeinrichtung in Albersdorf	
Umdruck 18/6806 - Einzelplan 11	
Umdruck 18/6807 - Ergebnisse der November-Steuerschätzung	

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 13:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haus-haltsplanes für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4355](#)

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4356](#)

(überwiesen am 21. September 2017)

Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2017 (Nachschiebeliste)

[Umdruck 18/6808](#)

Finanzministerin Heinold führt in die Nachschiebeliste, [Umdruck 18/6808](#), ein. Sie stellt heraus, dass das Land im Haushalt 2017 zum ersten Mal keine Neuverschuldung, sondern eine Schuldentilgung plane.

Frau Kubsch, stellvertretende Haushaltsbeauftragte des Innenministeriums, sagt eine schriftliche Antwort auf die Frage von Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, zu, wofür die zusätzlichen 9,1 Millionen € für Beschaffungen der Landespolizei im Einzelnen verwendet werden sollten.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg stellt Ministerin Heinold klar, für die Kostenerstattung an die Kommunen für Erziehungshilfen für unbegleitete minderjährige Ausländer und Asylbewerber sehe man eine Summe von gut 91 Millionen € vor.

Frau Dr. Schäfer kritisiert die Entscheidung der Landesregierung, für das Institut für Rechtsmedizin eine Sockelfinanzierung von 970.000 € einzuführen. - Der Finanzausschuss bittet die

Landesregierung, die Einführung der Sockelfinanzierung zu begründen und über den Stand der Kalkulationsgespräche zwischen Wissenschaftsministerium, Innen- und Justizministerium schriftlich zu berichten.

Das Thema „Vorsorge für Nachfinanzierungsbedarf im Zusammenhang mit Eingliederungshilfe“ wird der Finanzausschuss auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am 24. November 2016, setzen, zu der die Landesregierung mitteilen soll, welche Kreise ihr Budget überschritten beziehungsweise unterschritten haben.

Abg. Koch möchte wissen, mit welcher Zahl von nicht anerkannten Asylbewerbern und mit welcher Bearbeitungszeit des BAMF die Landesregierung kalkuliere.

Auf eine Frage von Frau Dr. Schäfer sagt Herr Thomsen, CIO der Landesregierung, zu, den IT-Mehrbedarf von 13 Millionen € näher zu erläutern.

Frau Dr. Schäfer möchte wissen, wie viele der im letzten Jahr in der Landesverwaltung geschaffenen 1.001 Stellen besetzt seien.

Auf eine Frage von Abg. Schmidt begründet Ministerin Heinold die Schaffung von vier zusätzlichen Planstellen in der Stabsstelle HSH, man wolle auf weniger Expertise von außen angewiesen sein; der Arbeitsaufwand im Bereich HSH sei sehr hoch. - Auf Fragen von Abg. Koch und Frau Dr. Schäfer zu Haushaltsrisiken durch die HSH Nordbank antwortet sie, Zins- und Tilgungsbelastungen für den Landeshaushalt entstünden erst nach Abwicklung der beiden Anstalten.

Frau Dr. Schäfer regt an, dass bei der Ermächtigung in § 8 Absatz 12 des Haushaltsgesetzes, im Zusammenhang mit dem Zustrom von Flüchtlingen Stellen auszubringen, vorher eine Information des Finanzausschusses erfolgen müsse.

Abg. Dr. Garg kritisiert, dass die Landesregierung die von ihm geforderte Verlängerung des Vertrags mit der Investitionsbank zur Gewährung von Darlehen für Krankenhausbaumaßnahmen bisher abgelehnt habe und jetzt mit der Nachschiebeliste auf einmal doch ermögliche.

Ministerin Heinold begründet die Ermächtigung in § 26 Absatz 6 des Haushaltsgesetzes mit dem Aspekt der Planungsklarheit.

Herr Jansen, Haushaltsbeauftragter des Sozialministeriums stellt klar, dass die Krankenhausmaßnahmen nach AG-KHG und IMPULS zwar zusammen durch die Investitionsbank abgewickelt, aber weiter getrennt bewirtschaftet würden.

Abg. Koch weist darauf hin, dass die Vertragsverlängerung eine weitere Verschuldung des Landes beim Zweckvermögen bedeute. Bevor die Landesregierung von der Haushaltsermächtigung Gebrauch mache, solle sie eine Stellungnahme der Investitionsbank einholen und mit der Thematik noch einmal auf den Finanzausschuss zukommen.

Auf eine weitere Frage von Abg. Koch stellt Ministerin Heinold klar, man habe den Haushaltsansatz für die Erhaltung von Landesstraßen von 16 Millionen auf knapp 49 Millionen € verdreifacht.

Aus Zeitgründen bricht der Finanzausschuss die Beratungen an dieser Stelle ab und verabredet mit der Landesregierung, weitere Fragen zur Nachschiebeliste schriftlich zu stellen beziehungsweise zu beantworten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/6744](#) - Einzelplan 06

[Umdruck 18/6745](#) - Beihilfe

[Umdruck 18/6804](#) - Einzelplan 13

[Umdruck 18/6805](#) - Erstaufnahmeeinrichtung in Albersdorf

[Umdruck 18/6806](#) - Einzelplan 11

[Umdruck 18/6807](#) - Ergebnisse der November-Steuerschätzung

Eine Frage von Frau Dr. Schäfer beantwortet Finanzministerin Heinold dahin, inwieweit die dem Stabilitätsrat gemeldete mit dem Projekt eBeihilfe verbundene Einsparsumme bis 2020 erbracht werden könne, werde man mit der Staatskanzlei abstimmen.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer